

Extinction Rebellion Aktivist:innen halten Minidemonstration am Marienplatz

München, 24.04.2020 – 15 Aktivisten:innen von Extinction Rebellion (XR) versammeln sich zwischen 10.30 und 11.30 Uhr unter Wahrung des Sicherheitsabstandes vor dem Marienplatz, um für eine Koppelung der Corona-Rettungsgelder an Klimaschutz zu demonstrieren. Es werden Reden gehalten, neben Regenschirmen mit der Aufschrift „Klimarettungsschirm“ wird auf eine Online-Petition zum Thema aufmerksam gemacht.

Politik soll halten, was sie verspricht

„Die Bundesregierung hat sich den Pariser Klimazielen verschrieben. Das muss jetzt bei der Verteilung von Rettungsgeldern berücksichtigt werden!“, sagt Susanne Egli, Aktivistin der Münchener Ortsgruppe von XR. Sie betont: „Jetzt können die Weichen für eine lebenswürdige Zukunft gestellt werden.“

Die Klima- und Coronakrise gemeinsam lösen

Durch die schnellen Maßnahmen hat die Regierung gezeigt, dass sie handlungsfähig ist. Allerdings ist durch die Pandemie der Fokus von der Klimakrise weggerückt. „Es ist problematisch, wenn wir jetzt vergessen, dass wir uns ebenso inmitten einer weiteren Krise befinden. Die jetzige Zeit ist aber auch eine historische Chance, wenn unsere Maßnahmen beide Krisen berücksichtigen!“, so Aktivist Florian Fertl. Die Aktivist:innen fordern, dass die Rettungsgelder der Bundesregierung ausschließlich in zukunftsweisende, Gemeinwohl-orientierte Unternehmen investiert werden. Ein sogenannter „Klimarettungsschirm“ soll Finanzhilfen für Unternehmen an Bedingungen zur Klimaneutralität bis 2025 knüpfen. So fordern es die Aktivist:innen, so fordern es die über 25.000 Petitionsunterschreiber:innen online bei Change.org: <https://www.change.org/p/coronakrise-zur-klimachance-machen-rettungsgelder-richtig-nutzen>

Nicht gegen die medizinischen Vorkehrungen

Die Versammlung wird selbstverständlich unter Einhaltung aller medizinisch notwendigen Vorkehrungen gehalten. So soll Demokratie und Schutz der Bevölkerung vereint werden. Die Bewegung hatte bereits zuvor alle geplanten dezentralen Proteste wie auch die bereits organisierte Woche des zivilen Ungehorsams in Berlin im Mai abgesagt. Die Aktivist:innen sehen gleichzeitig dringenden Handlungsbedarf. Laut Erika Worm: „Wenn wir jetzt zulassen, dass die Regierung in Öl, Kohle oder Gas investiert, dann wird klimaschädliches Handeln für die nächsten Jahrzehnte zementiert und damit die Einhaltung der Pariser Klimaziele unmöglich.“

